

Österreich – Kosovo: Abkommen über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse

ZITATE

Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse

Unterzeichnung: 27. März 1974, Wien
Verlautbarung: BGBl. Nr. 479/1976
In-Kraft-Treten: 18. September 1976
Authentische Sprachfassungen: Deutsch, Serbokroatisch

Kundmachung betreffend die zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Jugoslawien geltenden bilateralen Verträge

Verlautbarung: BGBl. III Nr. 156/1997
In-Kraft-Treten: 20. September 1997
Anmerkung: Vertragspartner ist die frühere Bundesrepublik Jugoslawien. Aufgrund der Anerkennung des Kosovo durch Österreich ist im Sinne der Staatennachfolge von der Weitergeltung des Abkommens im Verhältnis zwischen Österreich und dem Kosovo auszugehen. Formalrechtlich bleibt die Terminologie des ursprünglichen Abkommens erhalten.

TEXT

ABKOMMEN ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER BUNDESREPUBLIK JUGOSLAWIEN¹ ÜBER DIE GLEICHWERTIGKEIT DER REIFEZEUGNISSE

Die Republik Österreich und die Bundesrepublik Jugoslawien haben,
um der Jugend beider Staaten freien Zugang zu den geistigen Gütern der beiden Staaten zu gewähren,
Folgendes vereinbart:

Artikel 1

1. Jeder der beiden Vertragsstaaten erkennt für die Zulassung zu den in seinem Gebiet gelegenen Universitäten, falls diese Zulassung der staatlichen Kontrolle unterliegt, die Gleichwertigkeit der im Gebiet des anderen Vertragsstaates ausgestellten Zeugnisse an, deren Besitz für den Inhaber die Voraussetzung für die Zulassung zu den entsprechenden Anstalten des Landes, in dem diese Zeugnisse ausgestellt wurden, bildet. In den beiden Vertragsstaaten sind für die Zulassung zu den einzelnen Studienrichtungen beziehungsweise Fachrichtungen die Vorschriften jenes Vertragsstaates anzuwenden, in dem diese Zulassung beantragt wird.

2. Die Zulassung zu den einzelnen Universitäten erfolgt nach Maßgabe der verfügbaren Plätze.

3. Unterliegt die Zulassung zu den Universitäten im Gebiet eines Vertragsstaates nicht der staatlichen Kontrolle, so hat der betreffende Vertragsstaat diesen Universitäten den Wortlaut dieses Abkommens zu übermitteln und sich dafür einzusetzen, dass die genannten Universitäten die in den vorstehenden Ziffern niedergelegten Grundsätze annehmen.

¹ Ursprünglicher Vertragspartner war die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien. Auf Grund der Kundmachung BGBl. III Nr. 156/1997 ist die Bundesrepublik Jugoslawien in das Abkommen eingetreten, wodurch sich die Änderung des Titels und die entsprechenden formalen Anpassungen ergeben. Die Republik Serbien hat sich zwar an dieses Abkommen gebunden erklärt. Da aber bisher keine formelle Überleitung erfolgt ist, gilt der bisherige Wortlaut mit den Bezügen zu „Jugoslawien“.

Artikel 2

Die Vertragsstaaten werden einander innerhalb eines Jahres nach In-Kraft-Treten dieses Abkommens schriftliche Mitteilung über die zur Durchführung der Bestimmungen des vorstehenden Artikels getroffenen Maßnahmen zukommen lassen.

Artikel 3

In diesem Abkommen bedeutet:

- a) der Ausdruck „Zeugnis“ alle Zeugnisse, Bescheinigungen oder sonstigen Urkunden – ohne Rücksicht auf die Form der Ausstellung oder Registrierung –, die dem Inhaber beziehungsweise dem Beteiligten das Recht verleihen, seine Zulassung zu einer Universität zu verlangen;
- b) der Ausdruck „Universitäten“:
 - i) die Universitäten;
 - ii) die Institute, denen von dem Vertragsstaat, in dessen Gebiet sie gelegen sind, Hochschulcharakter zuerkannt wird.

Artikel 4

Für die Beratung aller Fragen, die sich aus diesem Abkommen ergeben, wird eine Ständige Expertenkommission eingesetzt werden, die aus je drei von jedem der beiden Vertragsstaaten zu ernennenden Mitgliedern bestehen wird. Die Liste der Mitglieder wird dem anderen Vertragsstaat auf diplomatischem Wege übermittelt werden. Jeder der beiden Vertragsstaaten kann Berater beiziehen. Die Ständige Expertenkommission wird auf Wunsch eines der Vertragsstaaten, jedoch mindestens einmal jährlich, zu einer Sitzung zusammentreten. Der Tagungsort wird jeweils vereinbart werden.

Artikel 5

1. Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation und tritt sechzig Tage nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

2. Dieses Abkommen wird auf unbegrenzte Dauer geschlossen. Es kann jederzeit von einem der Vertragsstaaten schriftlich auf diplomatischem Wege gekündigt werden. Die Kündigung tritt eine Jahr nach Einlangen der Notifikation beim anderen Vertragsstaat in Kraft.

Zu Urkund dessen haben die gefertigten Bevollmächtigten das vorliegende Abkommen unterzeichnet und mit Siegeln versehen.

Geschehen zu Wien, am 27. März 1974, in zwei Urschriften in deutscher und *serbokroatischer* Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise verbindlich sind.